Englische Operationsbasis in Belgien
Die Pläne der Generalstäbe
Die strategische Situation im Westen
Vorschau auf die Wahlentscheidung in Frankreich
Um die Waffenscheine deutschnationaler Führer
Die Korruption beim Tiefbauamt

DANZIGER

Volkstimme

EingelPreis 20 Proder 20 Proder

Geschäftsstelle: Danzig, Am Seebassin 1, Fernsprechamt 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G. wochentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,00 Goldmark; durch die Post 2.— G.— monatl.; für Kommerzien 5.— Mark. Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenanträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Freitag, den 24. April 1936

Nr. 96

Die Pläne der Generalstäbe — Die strategische Situation im Westen

Englische Operationsbasis in Belgien

Wenn auch die Generalstabsbesprechungen zwischen England, Frankreich und Belgien bis jetzt mit einem geheimnisvollen Schleier umhüllt waren, so beginnen nun doch gewisse Informationen über die gefassten Beschlüsse durchzukommen. In politischen Kreisen, so meldet „Par“ aus London, herrscht die Überzeugung, daß das Hauptthema der Beratungen die Verteidigung des belgischen Gebietes gewesen sei: Die britische Delegation gehe von dem Standpunkt aus, daß die Maginot-Linie Frankreich eine bedeutende Sicherheit biete, und daß durch die Existenz dieser Maginot-Linie ein eventueller unprovoked Angriff nur auf Belgien erfolgen könnte. Darüber hinaus wird Belgien in London als Ausfallstor betrachtet, von dem aus Deutschland England attackieren könnte. In London sei man allgemein der Ansicht, daß Baldwin mit seinem viel beachteten Ausspruch — Englands Grenze liege am Rhein — hauptsächlich auf die Lage an der belgischen Grenze angepielt habe. Deshalb sei bei den Generalstabsbesprechungen das Hauptaugenmerk der britischen Delegation auf Belgien gerichtet gewesen.

Von französischer Seite wurde der englische Standpunkt voll anerkannt. Auch Belgien soll sich den englischen Standpunkt zu eigen gemacht haben. Der Standpunkt Belgiens wird auch sehr wesentlich durch den immer härter hervorretenden flämischen Charakter geformt. Die Flamen hätten nicht so stark Sympathie für Frankreich wie die Wallonen, dahingegen seien sie sehr für eine Annäherung an England; die These der Verteidigung der belgischen Grenze durch Großbritanniens entspreche somit vollständig der flämischen Stimmung.

Von britischer Seite wurde bei den Generalstabsbesprechungen großes Gewicht darauf gelegt, daß Frankreich sich damit einverstanden erklären solle, seine Befestigungslinie auf das belgische Gebiet bis Leobrunn zu verlängern. Diese Bedingung wurde von Frankreich angenommen. Außerdem habe England von Belgien gefordert, den Hafen Zeebrugge zur Verfügung der englischen Flotte zu stellen. Ferner soll Belgien auf seinem Gebiet der englischen Luftflotte zwei Flughäfen zur Verfügung stellen. In den Generalstabsbesprechungen habe England weiter gefordert, daß Frankreich sofort neue Wege bauen müsse, die das belgische Seengebiet mit Nordwestfrankreich verbinden. Diese neue Verbindung würde den Transport von motorisierter und militärischer Ausrüstung erleichtern. Auch diese englische Forderung fand die französische und belgische Zustimmung. Augenblicklich sollen die entsprechenden Pläne näher untrifft werden, um eine gemeinsame Abwehr eines unprovoked Angriffes vorbereiten zu können.

Der englische Wehrhaushalt

Winston Churchill über die deutsche Aufrüstung

Die Unterhausausprache über den neuen Haushalt wurde am Donnerstag abgeschlossen. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Der Schatzkanzler Neville Chamberlain nahm noch einmal das Wort und erklärte erneut, daß es sich um einen „Wehrhaushalt“ handle. Er schloß seine Rede mit einer scharfen Kritik an dem Verhalten der Arbeiterpartei. Auf der einen Seite wünsche sie, daß das Land stark genug sei, um zukünftige Angriffe zu verhalten. Auf der anderen Seite greife sie jedoch die Regierung wegen ihrer erhöhten Rüstungsausgaben an. Um zu beweisen, daß sich ein Angriff nicht lohne, müßten aber entsprechende Nachmittels zur Verfügung stehen.

Im Laufe der gefrigen Unterhausdebatte hat auch Winston Churchill zum Finanzetat Stellung genommen. Auf die Aufrüstungsnotwendigkeit hinweisend, erklärte er: Letztens habe man die durch ihn angegebene Summe, die Deutschland in den letzten Jahren für seine Aufrüstung ausgegeben hat, angewendet. Diese Zahlen stammten aus zweifellos glaubwürdigen Quellen und sind ganz genau. Die Summen, welche in Deutschland seit der Machtübernahme Hitlers verausgabt worden sind, reichten an 20 Milliarden Reichsmark heran. Im Laufe der denkwürdigen Diskussion im Unterhaus, so führte Churchill weiter aus, hätten wir gehört, daß wir uns in einem Umbruchmoment in der Geschichte befinden und daß wir zu dem entscheidenden Moment noch im Laufe dieser Parlamentsladenz gelangen würden. Entweder es wird eine Befriedigung eintreten, und die Großmächte werden sich die Hände reichen — das würde für uns eine ruhmvolle Aera der Verständigung eröffnen — oder es kommt zur Explosion und Katastrophe von so unbeschreiblichen Folgen, daß der menschliche Verstand gar nicht imstande ist, sie zu begreifen. Wir sind überzeugt: Eine starke englische Armee unter entschlossener Führung, welche nach nichts anderem streben sollte als nach Frieden und die zu jedem Risiko für diesen Frieden bereit wäre, eine solche englische Armee könnte die Waagschale für Fluch oder Segen bieten. Als Churchill seine Rede beendet hatte, wurde er mit großen Beifallskundgebungen von allen Bänken überschüttet.

Baldwin und die Kolonien

Der liberale Abgeordnete Mander hat im Unterhaus den Finanzpräsidenten Baldwin gefragt, ob die britische Regie-

rung sich mit den Regierungen der Dominions verständigt habe in der Frage einer eventuellen Rückgabe der Mandatsgebiete an Deutschland. Premierminister Baldwin hat darauf geantwortet, daß der Abgeordnete Mander offensichtlich seine Interpellation auf ein Mißverständnis gestützt habe. Die englische Regierung habe weder ihre Bereitschaft erklärt noch die Frage einer etwaigen Rückgabe überhaupt erwogen. Eine Beratung mit den Dominions in dieser Hinsicht habe überhaupt nicht stattgefunden.

Das letzte Mittel der Abessinier

Dynamitsprengungen, Uberschwemmungen — Der italienische Angriff zum Stehen gebracht?

Von abessinischer Seite wird ein Bericht von der Südfont verbreitet, in dem General Rassa von Erfolgen der abessinischen Streitkräfte spricht. Nach diesem Bericht ist es den Abessiniern angeblich gelungen, den Italienern in der Schlacht bei Damane schwere Verluste beizubringen. Rassa meldet, daß alle Angriffe der Italiener abgelenkt worden seien. Die Gegner hätten dabei mehrere tausend Tote gehabt.

Ferner wird von abessinischer Seite eine Meldung bekanntgegeben, die zum mindesten verwirrend ist. In dieser Meldung heißt es, daß die Galla-Stämme, die sich im italienischen Vorkampfe beim Marsche auf Dessie befanden, jetzt wieder mit den Abessiniern gemeinsame Sache machten. Die Gallas, die ihre Wohnstätte zum Teil in der Danakil-Wüste, zum Teil im Wollo-Gebiet haben, sollen nach dieser Meldung die italienischen Truppen in und um Dessie angreifen.

Die italienische Verlustliste

Die italienische Presse veröffentlicht die Verlustliste Nr. 10, nach der in der Zeit vom 31. März bis zum 15. April 1936 an der Erythraea-Front 19 italienische Offiziere, 5 Unteroffiziere, 63 Soldaten und 3 Schwarzhemden gefallen sind. Die italienischen Verluste an der Somali-Front betragen in der gleichen Zeit 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 32 Soldaten. Fünf Vermisungen erlagen 2 Offiziere, 3 Unteroffiziere, 20 Soldaten, 3 Schwarzhemden. Vermis werden 3 Schwarzhemden und 1 Soldat. An Krankheiten und durch Unglücksfälle fanden 5 Offiziere, 6 Unteroffiziere, 69 Soldaten, 14 Schwarzhemden den Tod.

Der deutsche Gesandte in Addis Abeba

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag den deutschen Gesandten in Addis Abeba, Dr. Kirchholtes.

Keine englischen Dumbam-Geschosse

In London wird amtlich demontiert, daß die britischen Behörden in Ägypten besondere Schutzmaßnahmen an der abessinisch-sudanesischen Grenze getroffen haben, und daß in Weria Matruh in Garnison liegende Bataillone zu diesem Zweck nach dem Sudan beordert worden seien. Die oben demontierte Nachricht stammte aus Kairo.

Unterstaatssekretär Lord Cranborne bezeichnete am Donnerstag im Unterhaus die Behauptung, daß britische Firmen der abessinischen Regierung für militärische Zwecke Dumbam-Geschosse geliefert hätten, als völlig unbegründet. Dies habe eine Untersuchung bestätigt.

Die Vorbereitungen für Genf beginnen

Flandin hatte am Donnerstag nachmittag eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Dreizehnerausschusses, Madoriga. Vorher empfing er den sowjetrussischen Botschafter. Wie man in politischen Kreisen hört, sollen die Besprechungen der Vorbereitung der kommenden Genfer Verhandlung gegolten haben.

Der Weg nach Addis Abeba verperrt

Die Abessinier sprengen Berge und leiten Bäche um

Der Gebirgsstock von Tamar Buh, die Addis Abeba 170 Kilometer vorgelegene natürliche Festung, ist von den Abessiniern zu einer Verteilungssituation ausgebaut worden. Der Weg nach der Hauptstadt ist den Italienern noch menschlichem Ermessen zu mindestens bis zum Einsetzen der Regenzeit verperrt. Am Schula-Kebo-Pass, durch den die Autostraße von Dessie nach Addis Abeba führt, haben die Abessinier unter Leitung europäischer Ingenieure umfangreiche Sprengungen vorgenommen. Hier mischt sich in die Explosionsenergie der Dynamitpatronen auch das Knattern der Maschinengewehre der italienischen Flugzeuge, die vergeblich versuchen, die Zerstörung der Straße aufzuhalten.

An verschiedenen Stellen des 4000 Meter hohen Falles haben die Abessinier auch Gebirgsbäche abgelenkt, die sich nunmehr über die Fahrstraße ergießen und das lose Gestein sehr schnell fortzuschwemmen. Ueber dem Pass sind Maschinengewehrer angelegt worden. Ferner wurden Geschütze in Stellung gebracht, und zwar so, daß sie nötigenfalls zurückgezogen

werden können. Der ganze Pass ist eine riesige Festung, mit deren Anlage bereits am Montag begonnen wurde, aber die aber erst jetzt Mitteilungen gemacht werden dürfen. Die letzten Wagen, die die Straße von Dessie nach Addis Abeba passierten, waren zwei Lastwagen des holländischen Roten Kreuzes. Diese waren gerade über den Pass verschwunden, als die ersten Dynamitpatronen losgingen, durch die große Steinlawinen in die Tiefe stürzten. Auf den Höhen sind ebenfalls Sprengungen vorgenommen worden, um im Falle eines italienischen Vormarsches Steinlawinen auf die Angreifer niederstürzen zu lassen.

Die Bemühungen der italienischen Flieger, alle diese Vorbereitungen zu unterbinden, waren bisher erfolglos, da die künstlich geschaffenen Wasserfälle das ganze Bergtal in Nebel hüllten und die Abessinier ungehindert arbeiten konnten. Wenn der Nebel einmal durch Windstöße gelichtet wird, geht alles sofort in Deckung.

Englands Fragen an Deutschland

Es werden bestimmte Antworten erwartet — Kolonien, Gleichberechtigung, Sicherheit

Die englische Presse sieht einstimmig voraus, daß die Ueberreichung der Fragen an Deutschland erst Ende nächster Woche erfolgen wird. Es hat den Anschein, daß Eben mit Paul-Boncour diesen Zeitpunkt verabredet hat, was darauf hinweist, daß die französische Regierung vor Beendigung der Wahlen eine Antwort Deutschlands vermeiden will. Die Form der Fragestellung ist noch nicht festgelegt. Eine Reihe eben nach Berlin kommt nicht in Frage. Am einfachsten wäre, die Fragen durch den englischen Gesandten in Berlin auf schriftlichem Wege zu überreichen. In den der Regierung nahe stehenden Kreisen soll die Befürchtung vorherrschen, daß Deutschland eine Verzögerungstaktik anwenden werde. Die maßgebenden Regierungskreise in London suchen daher nach einem Ausweg, welcher die Möglichkeit garantieren soll, von Reichskanzler Hitler unmittelbar konkrete Antworten zu bekommen. Im Zusammenhang damit wird die Möglichkeit erwogen, daß Lord Halifax sich nach Berlin begeben soll, eventuell in Gesellschaft von Banfillard, aber der Entschluß darüber wird erst nächste Woche gefaßt werden.

Was den Inhalt der eventuellen Fragen betrifft, welche Reichskanzler Hitler vorgelegt werden sollen, konzentriert die Presse sich auf drei Hauptthemen: 1. Ob die durch Reichskanzler Hitler vorgeschlagenen zweiseitigen Nichtangriffspalte in dem Rahmen des Völkerverbundes gehalten werden, oder ob sie außerhalb des Völkerverbundes gemeint sind? Ob sie die Verpflichtungen im Völkerverbund beseitigen würden, oder ob sie zu existieren aufhören würden, wenn einer der Vertragspartner die Verpflichtung des Völkerverbundes vergewaltigen würde? 2. Ist Deutschland der Ansicht, daß seine Gleichberechtigung wiederhergestellt ist oder nimmt es an, daß es sich auch fernherhin im Stadium der Nichtgleichberechtigung befindet? 3. Wenn die Frage der Kolonien durch Deutschland noch als Grund für seine Nichtgleichberechtigung betrachtet wird, welches sind die deutschen Aufgaben in bezug auf die Kolonien, um diese Nichtgleichberechtigung zu beseitigen? Wollte Deutschland alle seine Kolonien wieder zurückhaben oder nur einen Teil davon? Wollte Deutschland einen Unterschied zwischen dem Kolonialbesitz und den Mandatsgebieten?

Spanien und die Sowjetunion

Ernennung eines Botschafters bevorzucht

Der spanische Ministerpräsident Azana hat einem Korrespondenten der „Isveitija“ ein Interview gewährt, in dem er auch das Verhältnis Spaniens zu Rußland berührte. Nach spanischen Zeitungen führte der Ministerpräsident dabei aus, daß der spanische Botschafter für Moskau in etwa vierzehn Tagen ernannt werde. Zwar sind die diplomatischen Beziehungen zu Rußland schon im Jahre 1933 wiederhergestellt, aber offizielle Vertretungen haben bisher nicht bestanden. Nach den gleichen Blättern erklärte Azana: „Die Kommunisten sind unsere aufrichtigen Freunde, und die Feinde des Regimes befinden sich auf der äußersten Rechten.“

Roosevelt fährt nach Kanada. Wie aus London gemeldet wird, ist der amerikanische Präsident Roosevelt vom kanadischen Generalgouverneur zum Besuch nach Kanada eingeladen worden. Roosevelt hat die Einladung für den Sommer angenommen. Auf diesen Besuch wird in englischen Kreisen großes Gewicht gelegt, weil schon seit Jahren ein offizieller amerikanischer Staatsbesuch in Kanada nicht stattgefunden hat und weil man sich von diesem Besuch eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen Ameri- und dem britischen Imperium verspricht.

Wer erhält einen Waffenschein?

Abg. Weise u. Steinbrück bemühten sich darum / Zwei Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht

Ende Januar dieses Jahres hatte der Kaufmann Carl Steinbrück bei dem Polizeipräsidenten die Erteilung eines Waffenscheines mit der Berechtigung, eine Handfeuerwaffe führen zu dürfen, beantragt. Der Antrag war damit begründet worden, daß das Bedürfnis zum Tragen einer Waffe vorliege und daß die Ereignisse, die sich im politischen Leben Danzigs in der letzten Zeit zugetragen haben, ihn zur Führung einer Waffe berechtigt hätten. Der Polizeipräsident hat diesen Antrag abgelehnt, indem er sich auf den § 16 der Rechtsverordnung über Waffen vom 30. Juni 1931 bezog. Gegen diesen abschlägigen Bescheid hat der Kaufmann Steinbrück Klage beim Landgericht, Kammer für Verwaltungsachen, erhoben, mit dem Antrag,

die Verfügung des Polizeipräsidenten aufzuheben und ihn anzuweisen, den Waffenschein auszuhandigen.

Durch den abschlägigen Bescheid des Polizeipräsidenten fühlte sich der Kläger in seinen Rechten beeinträchtigt. Er bemängelt, daß aus der vom Polizeipräsidenten ergangenen Verfügung nicht zu ersehen sei, ob die Verweigerung wegen Unzuverlässigkeit oder mangels eines Bedürfnisses zur Führung einer Waffe erfolgt sei. Der Kläger begründete wiederum eingehend diese Klage mit der Notwendigkeit der Erteilung eines Waffenscheines. Auf diese eingeleitete Klage hat dem Kläger wiederum vom Verwaltungsgericht ein ablehnender Bescheid zugegangen. Zwar dürften Waffenscheine nur bei Nachweis eines Bedürfnisses sowie nur an Personen erteilt werden, deren Zuverlässigkeit keine Bedenken bereite, jedoch sei in diesem Falle die Bedürfnisfrage zu verneinen. Ein solches Bedürfnis liege nur dann vor,

wenn wirklich eine gegenwärtige Gefahr nachgewiesen sei.

Es mag zutreffen, so heißt es in diesem Bescheid des Verwaltungsgerichts, daß auf einzelne Führer von Oppositionsparteien Ueberfälle verübt worden sind, jedoch rechtfertigt das nicht die Annahme einer Gefährdung des Klägers. Eine Gefährdung des Klägers und seiner persönlichen Sicherheit sei nicht zu befürchten.

Auf diesen Bescheid hatte der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Friedrich, mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht beantragt. Das Landgericht, Kammer für Verwaltungsachen, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rumppe, hatte gestern in dieser Sache zu befinden. Rechtsanwalt Friedrich trug vor, daß die Auffassung, wie sie in dem Bescheid des Verwaltungsgerichts ihren Niederschlag gefunden hat, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche.

Auf Führer und Angehörige der Oppositionsparteien oder Personen, die sich bei Nationalsozialisten unbeliebt gemacht haben, würden oft Angriffe verübt, so daß diese sich in einem Dauerzustand der Gefahr befänden.

Rechtsanwalt Friedrich verwies weiter auf das Urteil des Obergerichts, in dem von einem Verlegen der Polizei die Rede ist. Wenn sein Mandant bisher auch noch nicht einem persönlichen Angriff zum Opfer gefallen sei, so wäre er doch immerhin Abgeordneter des Volkstages. Durch die öffentliche Tätigkeit, die dieses Amt am Volke ihm auferlege, sei er stets, im besonderen aber im Hinblick auf die ungeheuren Drohungen, die auch gegen ihn ausgesprochen werden, außerordentlichen Gefahren ausgesetzt. Es gelte nach wie vor noch immer das alte Sprichwort, daß man nicht erst den Brunnen zudecken solle, wenn das Kind hineingefallen ist. Außer den bisherigen Angriffen auf seine Sachwerte sei ebenso gut ein solcher auf seine Person zu befürchten.

Pflicht und vornehmste Aufgabe einer Verwaltung müßte es sein, eventuellen Gefahren rechtzeitig zu begegnen.

Bei der unadeligen Persönlichkeit des Klägers seien keine Bedenken gegen eine anstandslose Verwendung der Waffe gegeben.

Das Obergericht der Freien Stadt Danzig hat in der Sache Gamm gegen den Landrat Josth des Kreises Danziger Niederung entschieden, daß die Polizei den Waffenschein nicht zu erteilen habe, selbst wenn ein Bedürfnis nachgewiesen sei. Es tritt also der Umstand ein, daß ein Gericht die Frage des Bedürfnisses gar nicht nachzuprüfen hat. Rechtsanwalt Friedrich stellte fest, daß die Erteilung des Waffenscheines also gewissermaßen von einer Freierlaubnis statt von einer gebundenen Erlaubnis abhängig sei. Die

Entscheidung des Obergerichts im Falle Gamm sei eine Fehl-Entscheidung.

Ihre Unrichtigkeit sei leicht zu beweisen. Seit Bestehen der Freien Stadt Danzig seien, soweit dies mit der Verfassung der Freien Stadt Danzig in Einklang zu bringen gewesen sei, Reichsgeetze übernommen worden. Der § 16 der Danziger Rechtsverordnung über Waffen ist identisch mit dem § 16 des deutschen Gesetzes über Schusswaffen. In höchst richtiger Rechtsprechung des Preussischen Oberverwaltungsgerichtes ist dahingehend für Recht erkannt worden, daß es sich bei der Erlaubniserteilung um eine gebundene Erlaubnis handelt, das heißt also, daß ein Waffenschein erteilt werden muß, wenn ein Bedürfnis vorliegt und gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers keine Bedenken gegeben sind.

Das Danziger Obergericht habe sich also mit seiner Entscheidung in einem krassen Gegensatz zu der des Preussischen Oberverwaltungsgerichtes gesetzt.

Der deutsche Rechtszustand sei früher gewohnheitsmäßig übernommen worden, was eventuell der frühere Senatspräsident Dr. Jehm bekräftigen würde. Bei der Rechtsfindung in dieser Klage dürften, so führte Rechtsanwalt Friedrich in seinem überzeugenden Plädoyer aus, auch nicht die grundlegenden Erwägungen über den Sinn des Staates außer acht gelassen werden. Der Sinn des Staates sei die Gewährung des Schutzes der menschlichen Person, ihres Lebens und ihres Eigentums.

Möge man den Staat immer aufheben, wie man wolle. Wenn ein Staat diese höchsten Güter kultureller Gesellschaften aufhebe, so verneine dieser sich selbst.

Die Erteilung des Waffenscheines beruhe letztlich auf der Tatsache, daß der Staat nicht hinter jedem gefährdeten Staatsbürger einen Polizisten schicken könne. Rechtsanwalt Friedrich führte zum Schluß auch die vielen Ueberfälle aus der jüngsten Zeit an und beantragt, den Polizeipräsidenten anzuweisen, daß dem Kläger der Waffenschein erteilt werde.

Diesem Antrage widersprach in kurzen Darlegungen der Vertreter des Polizeipräsidenten, Regierungssachverständiger Müller. Er war der Ansicht, daß kein Bedürfnis für die Erteilung eines Waffenscheines vorliege. Herr Kauf-

mann Steinbrück sei ein geschätzter, angesehener Danziger Bürger, dem niemand etwas zuleide tun werde. Aber er sei dennoch verhaftet worden, erwiderte Rechtsanwalt Friedrich.

Eidliche Vernehmung des Polizeipräsidenten beantragt

In einer sachlich gehaltenen Replik führte Rechtsanwalt Friedrich aus, daß er, so ungern er es auch tue, beantragen müsse, den Polizeipräsidenten, dessen Stellvertreter und den zuständigen Polizeisachverständigen eidlich zu vernehmen, daß seit dem Jahre 1933 Tausende von Waffenscheinen ausgehändigt worden seien, und zwar meist an Nationalsozialisten. Er wisse, daß Anträge auf Erteilung von Waffenscheinen von der Verwaltung der NSDAP, beim Polizeipräsidenten gestellt worden sind.

Das Urteil steht noch aus.

Der Waffenschein des Rechtsanwalts Weise

Rechtsanwalt Weise, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, beantragte, da er mehrfach das Ziel von tätlichen Angriffen geworden war, ebenfalls einen Waffenschein. Obwohl der Rechtsanwalt sowohl für sein Büro wie auch in seiner Privatwohnung in Poppen einen Waffenbesitzschein mit einer dazugehörigen Waffe besaß, wurde seinem Antrage im Februar 1935 stattgegeben. Doch dieses Bescheide sollte der Rechtsanwalt sich nicht lange erfreuen. Es war noch nicht ein Jahr vergangen, als ihm am 15. Januar d. J. der Waffenschein mit der dazugehörigen Waffe infolge einer Verfügung des Polizeipräsidenten

von Beamten der Politischen Polizei wieder abgenommen wurde.

Nach den Angaben des Polizeipräsidenten war der Rechtsanwalt zu der Zeit nicht mehr zuverlässig genug, um eine Waffe führen zu dürfen. Die Unzuverlässigkeit wurde darin gesehen, daß Herr Weise in einer Versammlung des Landesfrauenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei seine Waffe zog mit dem Bemerkten: „Ich bin gut bewaffnet, jeden, der sich mir in den Weg stellt, schieße ich nieder.“ Nun ist es selbst den Besitzern von Waffenscheinen verboten, in Versammlungen oder bei Anmärtchen eine Waffe bei sich zu führen. Rechtsanwalt Weise ist mit der Einziehung nicht einverstanden. Er strengte Klage bei der Kammer für Verwaltungsachen an, die am Donnerstag, unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rumppe, über den Fall verhandelte. Während sich der Kläger durch Assessor Alter vertreten ließ, lag die Vertretung des beklagten Polizeipräsidenten in den Händen des Regierungssachverständigen Müller.

Assessor Alter untersuchte zunächst, ob die Öffentlichkeit überhaupt durch die Zusammenkunft der deutschnationalen Frauen gegeben wäre. Es mußte in Betracht gezogen werden, daß

an dem Tage zwei Versammlungen im Restaurant „Hohenzollern“ stattgefunden haben.

In der einen sprach Rechtsanwalt Dr. Friedrich, der am nächsten Tage verhaftet wurde und sich wegen angeblicher Vergehen vor dem Schnellrichter verantworten mußte. Dr. Friedrich wurde freigesprochen, da keine Verhaftung auf Grund von solchen Informationen, die die Polizei erhalten hatte, erfolgt sei. Genau so falsch sei die Polizei auch über die Frauenversammlung informiert worden. Es handelte sich lediglich um eine interne Sitzung, die hinter verschlossenen

Türen stattgefunden habe. Demnach wäre die Öffentlichkeit also zu verneinen.

Diese Sitzung kann auch nicht für eine politische Versammlung angesehen werden, denn es wurden rein persönliche Fragen behandelt. Gewiß wäre Herr Weise erregt geworden, als bemerkt wurde, daß sich

unsaubere Elemente eingeschlichen hätten.

Dieses war nur möglich, weil die Sitzung, die im Volkshause in der Heiligen-Geist-Gasse stattfanden sollte und durch randalierende SA. gestört wurde, zum Restaurant „Hohenzollern“ umgelegt werden mußte. Die Neukennung des Niederstiebens bestritt Herr Weise. Nach Meinung seines Vertreters sind diese Behauptungen unwahr. Es komme nicht, wie der „Vorposten“ berichtet habe, daß Herr Weise mit der Pistole in der Hand herumgeschuftelt habe. Gewiß habe er sie in der Sitzung gezeigt. Aber nur zu dem Zweck, um die anwesenden Spitzel einzuschüchtern. Warum sollte sich Herr Weise, der seit drei Jahren fortgesetzt verfolgt, bedroht, beschimpft und sogar überfallen worden ist, sich nicht in solch einer Situation in einen Nothand versetzt fühlen? Assessor Alter erinnerte daran, daß der heutige Senatspräsident, Herr Greiser, ja auch einmal mit der Pistole in der Hand gespielt habe, als er sich im Hafenausflug befand.

Wenn der Herr Polizeipräsident angelegt habe, daß sich Herr Weise in derartigen Situationen polizeilichen Schutzes holen sollte, so müsse schon auf das bekannte Urteil des Obergerichts verwiesen werden. Im Februar 1935 ist Herr Weise auf der Straße überfallen worden. Ja, es konnte sogar vorkommen, daß Rechtsanwalt Weise im Polizeipräsidium durch den SS-Mann Ballowski niedergeschlagen wurde.

Herr Albert Forster und der „Danziger Vorposten“ über polizeiliche Maßnahmen anscheinend sehr gut informiert. So teilte Herr Forster, nachdem dem Kläger am Nachmittag Waffenschein und Pistole abgenommen waren, am Abend der SA. in der Sporthalle mit, daß er, Herr Forster, dafür gesorgt habe, daß Herr Weise die Pistole entzogen würde. Am Tage darf hier es in einem Artikel des „Vorposten“, daß die Polizei dieses Vorhaben schon lange ins Auge gefaßt habe. Unschlüssig des Zivilprozesses Gamm-Weise gegen den „Vorposten“ habe der heutige Kriminalrat Clab, der zu der Zeit noch Kriminalkommissar war, an Eides statt versichert, daß er den „Vorposten“ informiere.

Der Vorwurf der Unzuverlässigkeit des Rechtsanwalts Weise werde auch dadurch widerlegt, daß der Kläger schon vor dem Kriege Reserveoffizier war.

Im Kriege habe er auf den verschiedensten Fronten abwechselnd eine Batterie geführt.

Assessor Alter hielt das Vorgehen der Polizei in diesem Falle nicht für angebracht. So wurden dem Rechtsanwalt Waffenschein und Pistole kurz vor ein Uhr in einem öffentlichen Warenhaus am Kohlenmarkt abgenommen, als er mit seiner Ehefrau Einkäufe tätigte. Darauf fuhr die Politische Polizei, ohne den Rechtsanwalt zu informieren, in die Privatwohnung und in das Büro, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Da für eine im Büro vorfindende Parabellumpistole nicht der Besitzschein vorgezeigt werden konnte, wurden weitere Hausdurchsuchungen angeordnet.

Der Vertreter des Klägers hat deshalb seinem Antrage auf Ungültigkeitserklärung der Maßnahmen des Polizeipräsidenten stattgegeben. Es ging nicht an, daß die halbwegsige Gillerjugend mit feststehenden Messern und Dolchen herumließ, während ein Kriegsteilnehmer unzuverlässig zum Tragen einer Schusswaffe angesehen werde.

Regierungssachverständiger Müller, als Vertreter des beklagten Polizeipräsidenten, versuchte die angeführten Gründe zu entkräften. Im übrigen hielt er sich an die Meinung, mit der die Entziehung des Waffenscheines begründet war.

Die Kammer kam infolge der vorgerückten Zeit noch nicht zu einem Urteilspruch. Ein Verkündungstermin wurde auch nicht angelegt. Das Urteil soll den Parteien so schnell wie möglich zugestellt werden.

Die Korruption beim Tiefbauamt

Wieder Zuchthaus- und Gefängnisurteile — Der Prozeß dauerte vier Wochen

Der Prozeß gegen die ungetreuen Beamten und Angestellten des Tiefbauamts wurde Donnerstag nach vierwöchiger Dauer beendet. Nachdem schon vor einer Woche mit den Plädoyers begonnen worden war, trat die Erste Große Strafkammer gestern erneut in die Beweisaufnahme ein. Es wurde auch noch der Bauführer Duednow als Zeuge gehört. Dieser bestritt den Hauptangeklagten Groß schwer. Zwischen beiden kam es zu heftigen Zusammenstößen. Man bezeichnete sich gegenseitig als Lügner. In ihrem letzten Wort versuchten drei Angeklagte, ihre Verfehlungen zu beschönigen. Jeder wollte das Opfer des anderen geworden sein. Darauf zog sich die Kammer zur Beratung zurück.

In den Nachmittagsstunden wurde folgendes Urteil verkündet: Es werden verurteilt der Angeklagte Groh zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Pucher zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis, der Angeklagte Paul ebenfalls zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr acht Monaten Gefängnis. Jedem der Angeklagten wurden auf die erkannten Strafen ein Jahr zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Beermann, gab in der Urteilsbegründung nur die wesentlichen Gründe, die zur Verurteilung führten, an, da die schriftliche Urteilsbegründung über 100 Schreibmaschinenseiten umfassen soll. Wenn der Prozeß genau vier Wochen lang geführt worden ist, so seien davon drei Wochen und sechs Tage zubillig; denn schon am ersten Verhandlungstage habe das Gericht den richtigen Eindruck von dem Treiben der Angeklagten empfunden. Trotzdem ist es allen Anregungen der Verteidigung nachgegangen, wodurch sich die Schuld der Angeklagten noch deutlicher ergeben habe als früher. So ist die Verhandlung im wesentlichen zu demselben Ergebnis gekommen, wie vor einem Jahr. Alle diese jahrelang mit dreifacher Offenheit ausgeübten

Verbrechen wären nicht möglich gewesen, wenn ein auch nur einigermaßen ordnungsmäßiges Verfahren bei der Entfaltung auf der Lohnstelle eingehalten worden wäre.

Das ganze Entlohnungsverfahren wurde von A bis Z von derselben Hand vorgenommen. So hat der Angeklagte Pucher nicht nur die Lohnnachweisungen selbst aufgestellt und die Berechnungen darin vorgenommen, sondern er hat sie auch vorgetrieben und hat den Feststellungsvermerk vorgeschrieben, den Groß dann unterzeichnet. Darüber hinaus hat er dann für die von ihm selbst angefertigten Lohnnachweisungen selbst das Geld auf der Kammerkasse abgeholt, hat die Lohnbeutel beschriftet und hat sie an die Bauführer verteilt. Wenn die Lohnbeutel an die Bauführer verteilt wurden, wurden nicht etwa die Eintragungen der Lohnlisten mit denen der Lohnbeutel bezüglichen, sondern es wurde nur die Zahl der an die ein-

zelnen Bauführer zur Verteilung gelangenden Lohnbeutel festgestellt. Im Juli 1932, kurz vor der Entdeckung, wurde die Unterschleife dem Lohnbuchhalter noch mehr erleichtert, indem Groß dem Pucher sogar Mantelunterchriften auf Lohnnachweisungen und Kassenanweisungen gab. Bei diesem Verfahren waren die Betrügereien mit Leichtigkeit durchzuführen.

Es ist festgestellt worden, daß 14.270,48 Gulden veruntrent sind. Dieser Betrag ist ein Mindestbetrag und erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1929 bis zum Juli 1932. Die Prüfung wurde dadurch erschwert, daß viele Unterlagen und Belege fehlten. Es muß daher angenommen werden, daß der wahre Fehlbetrag bedeutend größer ist.

Die Angeklagten blieben auf freiem Fuß.

Beförderungen auch bei der Schulverwaltung

Wie verlautet, ist auch in der Danziger Schulverwaltung dieser Tage eine Reihe von Beförderungen erfolgt. Unter anderem wird berichtet, daß Mittelschulrektor Dr. Gerlach zum Schulrat ernannt worden ist, Mittelschullehrer Hofmann zum Mittelschulrektor an der Eichenborff-Schule, Mittelschullehrer Eichenbach zum Mittelschulrektor an St. Katharinen, Rektor Tischer, der Vetter des Kultusenators Boeck, zum Mittelschulrektor an der Reichshofischen Mittelschule, Mittelschullehrer Raus zum Mittelschulrektor, Lehrer Rathorn zum Volksschulrektor, Lehrer Freytag zum Rektor an der Schule Hafelwerk, die Lehrer Rühner und Robilowski zu Konrektoren an der Schule Hafelwerk, die Lehrer Arndt und Schneck zu Konrektoren an der Volksschule in Langfuhr. — Wie weiter verlautet, soll ein Teil der Beförderungen mit rückwirkender Kraft ausgesprochen worden sein.

Angeknüpft der oft angekündigten Sparmaßnahmen muß die große Zahl von Beförderungen in den verschiedenen Behörden eigenartig berühren.

Nachts in der Motlau ertrunken

Fischer fanden am Schüttenfließ eine Leiche

Am Schüttenfließ, in der Nähe der Heufingischen Fabrik, hörte der dort tätige Wächter nachts gegen 3 Uhr ein Geräusch, als ob jemand ins Wasser gefallen sei. Er ging zwar der Angelegenheit nach und suchte das Ufer ab, konnte aber nichts finden. Fischer, die gegen 4.30 Uhr morgens mit Booten nach Danzig kamen, sahen etwas Dunkles im Wasser treiben. Die daraufhin sofort alarmierte Hafenspolizei fischte eine männliche Leiche aus dem Wasser. Der Ertrunkene ist der 66 Jahre alte Rektor Ludwig Franke, wohnhaft Schwärzer Meer 10.

Der Wohnungsbau soll angekurbelt werden

Ob der Versuch gelingen wird?

Um zu versuchen, der Stagnation des privaten Bau- marktes in Danzig abzuhelfen, auf die wir kürzlich im Rah- men des Artikels eingegangen sind, der sich mit der Lage der Bauarbeiterschaft befaßt, hat der Senat eine Verord- nung betreffend Einführung eines Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbauunternehmens unter dem Datum vom 8. April er- lassen und im Gesetzblatt vom 22. April veröffentlicht.

Danach sollen Wohngebäude, die im Freistaatsgebiet nach dem 31. März 1936 bezugsfertig hergestellt werden, Steuer- vergünstigungen genießen, die sogar im Grundbuch eintrag- bar sind. Als Wohngebäude gelten Gebäude, die nach den Bauplänen ganz oder überwiegend für Wohnzwecke be- stimmt sind und ohne Anspruchnahme öffentlicher Mittel er- baut sind. Die Steuervergünstigungen erstrecken sich auf den bebauten Teil und dazu gehöriges höchstens 10 Mal so großes Gelände. Wenn unbebaute Parzellen abgetrennt und veräußert werden, verlieren sie die Steuerprivilegien.

Die Steuervergünstigungen

erstrecken sich auf Folgendes: Freistellung von der ganzen Grundbesitzsteuer für das Rechnungsjahr, in dem die bezugsfertige Herstellung erfolgt und die folgenden fünf Rechnungsjahre, halbe Grundbesitzsteuer für die weiter folgenden fünf Rechnungsjahre. Auch sind Steuervergünsti- gungen und Steuerbefreiungen bei der Wohnungsübernahme und der Grundbesitzsteuer vorgezogen.

Bei der Einkommensteuer bleibt bei Feststellung des Einkommens des Eigentümers eines privilegierten Grund- stücks der volle Unterschied zwischen den Einnahmen aus dem Grundstück und den Werbungskosten dafür in dem Rechnungsjahre der bezugsfertigen Herstellung und die fol- genden fünf Kalenderjahre, der halbe Unterschied bei der Veranlagung für die weiteren fünf Kalenderjahre unberück- sichtigt. Das dürfte eine Befreiung bzw. Halbierung der Einkommensteuer für das Einkommen aus derartigen Grundbesitz bedeuten.

Mit denselben Fristen bleibt ganz bzw. zur Hälfte bei Feststellung des Gesamtvermögens des jeweiligen Eigen- tümers eines privilegierten Grundstücks zum Zwecke der Vermögenssteueranlagung der Unterschied zwischen dem Einzelwert des Grundstücks und dem mit ihm in wirt- schaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und Lasten unberücksichtigt. Das dürfte also gleichfalls Fortfall bzw. Halbierung der Vermögenssteuer bedeuten.

Wenn die bezugsfertige Herstellung des Wohngebäudes bereits vor dem 31. März 1937 erfolgt, wird über die obigen Vorschriften völlige Steuerbefreiung für die Rechnungs- (Kalender)jahre 1936 bis 1945, und Steuerbefreiung zur Hälfte für die Rechnungs- (Kalender)jahre 1946 bis 1955 ge- währt. Dieses Privileg hängt aufeinander nicht nur mit den Einnahmen aus dem Grundstück zusammen, sondern erstreckt sich auf alle von dem Eigentümer zu entrichtenden Steuern.

Sehr interessant sind die

Vorschriften über das Wesen des Steuervergünstigungs- anpruches

die der § 7 des Gesetzes enthält. Danach wird der Anspruch auf die in den §§ 2 bis 6 festgelegten Steuervergünstigungen durch einen ihm anerkannten Befehl des Senats begründet. Der Befehl erteilt unter Ausschluss des ordent- lichen Rechtsweges und des Verwaltungsverfahrens nach dem Steuergrundgesetz. Der Befehl des Senats kann nur auf- gegeben oder eingeschränkt werden, wenn die Tatsachen, welche nach Maßgabe dieses Gesetzes die Voraussetzungen für ihn gebildet haben, sich ändern. In allen anderen Fällen ist die Aufhebung der Steuervergünstigungen nur gegen volle Entschädigung zulässig. Für die Befreiung dieses Ent- schädigungsanspruches ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.

Die Garantie, mit denen der Steuervergünstigungs- anpruch verbunden wird, bezwecken anheimelnd ihn unter die volle Garantie des Eigentumsartikels der Verfassung zu stellen und dadurch das Vertrauen zur Stabilität dieses Anspruches zu schaffen, das auf dem Gebiete des Hypotheken- wesens durch die Aufhebung der Goldklausel und die Ab- wertung der Fremdwährungshypotheken verloren gesan- gen ist.

Auf Grund des Beschlusses des Senats ist auf Antrag des Berechtigten im 2. Abschnitt des Grundbuchverzeichnisses die in Frage kommenden Grundbuchblätter gesondert ein- zutragen.

Ein Steuerprivileg in Gemäßheit der §§ 1 bis 5 des § 1 bis 6 des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbauunternehmens vom 8. April 1936 (G. N. E. 163). Eingetragen unter Bezug- nahme auf den Befehl des Senats (Weiteres des Landes- Steueramtes) vom Datum und Aktenzeichen ...

Wird der Befehl des Senats aufgehoben oder einge- schränkt, so hat der Grundbesitzer auf Erhalten des Senats gemäß den obigen Vorschriften anzuwenden. In allen anderen Fällen ist die Aufhebung der Steuervergünstigungen nur gegen volle Entschädigung zulässig. Für die Befreiung dieses Ent- schädigungsanspruches ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.

Der Senat ist befähigt, die ihm in dem Gesetz nach den obigen Vorschriften zugehenden Befugnisse auf den Leiter des Landessteueramtes zu übertragen.

Für die nach den Vorschriften dieses Gesetzes begünstig- ten Grundstücke ist ferner die bezugsfertige Herstellung, die Prüfung und Aneignung der Berechnung der Grund- stücke und ihre katastralmäßige Fortschreibung gesondert und ebenso die gerichtliche Aufhebung des Grundbesitzes, die grundbuchmäßige Eintragung des Grundbesitzes und eines Auf- tragsgeldes sowie die Eintragung einer Vermerkung zur Sicherung des Rechts auf Aufhebung und die Eintragung einer Einverleibungshypothek für Fortsetzungen der Grundbuch- verträge auf dem Grundbuchblatt des Grundbesitzes frei von Gerichtsgebühren.

Bei anderen als den in diesem Gesetz ausdrücklich be- zugsfertigen Bauunternehmungen, also auch bei Geschäfts- und In- dustriebauwerken ist der Senat ermächtigt, im Wege des Steuer- abkommens, also durch besonderen Vertrag mit dem Bau- herrn die in diesem Gesetz angegebenen Vergünstigungen ganz oder teilweise zu gewähren.

Auf Grund der Bestimmungen nachstehenden Gesetzes ist das Gesetz über die Steuerbefreiung zur Förderung des Wohnungsbauunternehmens vom 8. April 1936 (G. N. E. 163) wie folgt abgeändert: In § 1 Abs. 1 wird das Datum des 8. April 1936 durch das 31. März 1937 ersetzt, während in § 4 Abs. 1 hinter den Doppelpunkt zu setzen ist: „Für Steuerprivilegien in Gemäßheit der §§ 1 bis 3 des Ge- setzes vom 8. April 1936 (G. N. E. 163)“.

Die Bestimmungen zur Durchführung des letztgenannten Gesetzes enthält der Senat.

Ob das Gesetz die vom Senat davon für die Befreiung des Grundbesitzes erhofften günstigen Folgen herbeiführen wird, hängt von dem Erfolg des Senats ab. Die nach dem Gesetz vorgesehenen Vergünstigungen sind nur dann wirksam, wenn der Senat die Befreiung erteilt. In der Zwischenzeit ist der Senat ermächtigt, die Befreiung zu verschieben, bis die Voraussetzungen für die Befreiung gegeben sind. In der Zwischenzeit ist der Senat ermächtigt, die Befreiung zu verschieben, bis die Voraussetzungen für die Befreiung gegeben sind. In der Zwischenzeit ist der Senat ermächtigt, die Befreiung zu verschieben, bis die Voraussetzungen für die Befreiung gegeben sind.

Ich aus dem erfülltesten Vertrauen in diese Möglichkeit der Anlage durch die Aufhebung der Goldklausel restituiert, durch die die Hypotheken von der Abwertung mit erfasst werden. Die größten Steuerbefreiungen werden aber kaum dazu verhelfen, das Vertrauen der Geldgeber wieder her- zustellen.

Zwei Freisprüche

Vor dem Einzelrichter

Bei einem Schuhmachermeister im Innern der Stadt Kloppe am 11. Februar ein erwerbsloser Schüler an. Er fragte nach Arbeit, und da diese nur knapp war, wurde eine Anstellung abgelehnt. Nun bat der Handwerker um ein Stückchen Brot, da er angeblich noch nichts zum Frühstück gegessen hatte. Solche Bitten waren dem Meister schon öfter begegnet. Er wollte deshalb den Erwerbslosen prüfen und forderte ihn auf, sich das Frühstück durch Arbeit zu verdienen. Freude griff der Schüler zu und nagelte darauf los. Er verstand kein Handwerk sehr gut. Dieses Auftreten gefiel dem Meister. Obwohl er kaum für sich und seinen Gefellen Arbeit hatte, wollte er den ihm ins Haus geschickten Gefellen anstellen. Jüngs schickte er keine Gehren zum Arbeitsamt, um die erforderliche Genehmigung zu erwirken. Raum war die Frau fort, als ein Kontrolleur des Arbeitsamtes er- schien. Dieser traf den neuen Gefellen arbeitend an und machte eine Meldung beim Landesarbeitsamt. So wurden Meister und Gefelle mit einem Strafbesehl bedacht, weil ersterer ohne Genehmigung des Arbeitsamtes jemand ein- gestellt, bzw. der Gefelle die Arbeit ohne diese Genehmigung aufgenommen hatte. In allem Unglück fand die Ehefrau das Arbeitsamt auch noch geschlossen; am Tage darauf wurde die Arbeitsgenehmigung verweigert, da der erwerbslose Ge- selle krankenlos war. So wurde er wieder entlassen.

Während dieser nun gegen einen Strafbesehl nichts unternahm, legte der Meister für sich Einspruch ein. Dieser wurde vor dem Amtsgericht für Strafsachen verhandelt. Nach- dem der eingangs niedergelegte Tatbestand festgelegt war, beantragte der Vertreter der Anklage Freispruch. Es ist nämlich gestattet, eine Arbeitskraft auch ohne Genehmigung des Arbeitsamtes einzustellen, wenn das Arbeitsverhältnis nicht über einen Tag hinausgeht. Da dieser Fall nach- gewiesen war, kam auch Amtsgerichtsrat Tornier als Einzel- richter zu einem Freispruch.

In der Anklagebank des Amtsgerichts für Strafsachen steht ein Händler aus Jagdam. Er ist deutscher Staatsange- höriger und treibt auf dem Lande den Handel mit Kolonial- waren und Textilien. Er hat auch hierfür die erforderlichen Papiere. Am 2. Dezember vorigen Jahres wurde er von einem Gendarmenwachmann angehalten. Die vorgenom- mene Revision brachte außer den ihm zum Handel frei- gegebenen Waren auch noch Waren an das Tageslicht. Wegen unerlaubten Handels mit Waren wurde der Händler angezeigt und erhielt einen Strafbesehl. Der ein- gelegte Einspruch wurde vor dem Amtsgericht für Strafsachen verhandelt.

In der Gerichtsverhandlung konnte der Händler nach- weisen, daß er die Waren an dem fraglichen Tage für den Pächtermeister F. aus Jagdam gekauft, der sie sonst mit dem Antonius mischelte. Auch hatte der Händler das Beschl. und die Waren bei sich. Allerdings erwies sich ein Rest von 20 Stückchen. Dieses war nach den Angaben des Angeklagten dadurch entstanden, daß ein Kunde die bestellten Brötchen nicht abgenommen hatte.

Das Gericht unterstellte dieses als wahr. So kamen so- wohl der Anklagevertreter wie auch der Einzelrichter, Amts- gerichtsrat Tornier, zu einem Freispruch.

Gegen Afschermischung bei Enten

Durch eine im Gesetzblatt vom 22. April 1936 erschienene Senatsverordnung wird bestimmt, daß zwischen verschiedenen Arten von Enten, Gänzen, Schwänen und anderen Del- tinen (z. B. Ringel, Rote Beize usw.), die zum Zwecke der Samengewinnung angebaut werden, ein Mindestabstand von 50 Meter Distanz bestehen muß. Um die Einhaltung dieser Mindestabstände sicherzustellen, hat jeder, der die genannten Vögel zum Zwecke der Samengewinnung an- bauen will, spätestens bis zum 1. Januar desjenigen Jahres, in welchem die Ausplattung der Entlinge erfolgen soll, eine Anzeige bei der Danziger Bauernkammer einzureichen. Aus dieser Anzeige soll die Lage der für den Anbau vor- geschriebenen Ackerflächen und ihr geringerer Abstand von der nächsten Grundbesitzgrenze ersichtlich sein. Ergibt sich, daß bei Durchführung des geplanten Anbaues die Bestimmungen über die Mindestabstände verletzt werden würde, so kann die Danziger Bauernkammer binnen einer Frist von sechs Wochen nach Eingang des Antrages, in jedem Falle aber bis zum 15. Februar des betreffenden Jahres bestimmen, daß der geplante Anbau zu unterbleiben hat. Die Ent- scheidung der Bauernkammer hat unter Verschickung der höheren Verwaltungsbehörde der beteiligten Betriebe zu er- folgen. Gegen die Entscheidung der Danziger Bauernkammer steht dem Betroffenen binnen einer Anlauffrist von zwei Wochen Beschwerde beim Senat zu.

Was ist nicht gleich ist?

Der Wert von „Dankbarkeit“ steigt sich mit keinem Vergleich

Vor dem Arbeitsgericht unter Vorsitz des Amtsgerichts- raten Dr. Kaiser kam gestern der Prozeß des „Dankbarkeits- klages“ gegen den Wert des „Dankbarkeits“. Ein- hundert, zum Teil, schon einige Male hatte dieser Prozeß das Arbeitsgericht beschäftigt. Wir haben auch darüber be- richtet.

Die Klage war von ihrem Arbeitgeber gestellt und liefen nach, weil sie einmal infolge der ungenügenden An- forderungen ihres Dienstherrn nicht imstande war, zur festge- setzten Zeit zum Dienst zu erscheinen, sondern erst einige Stunden später. Das Urteil war nämlich 21 Stunden ununter- brochen im Gericht tätig gewesen. Nachdem sich ihr von Herrn Richter zum Erkenntnis gemeldet, daß sie ebenfalls keine Arbeit, also bei Herrn Richter in St. Albert, ge- schickelt hat. Es wurde aber in den Verhandlungen fest- gestellt, daß die Angeklagte nicht besonders verschuldet war, im Sinne des Arbeitsherrn zu bleiben.

Nach Klagen von Frau und Herr, und nachdem die beiden Richter von der Arbeitskammer — der eine für den verlag- gen Arbeitgeber und der andere für die Klage — ihr Erscheinen herbeigeführt hatten, einigten sich beide Parteien. Die Klage, die 40 Gulden geschätzt hatte, erhielt 20 Gul- den mehr als Abgeltung ihrer Ansprüche an den Wert.

Danziger Eisenbahn vom 22. April 1936

Sterbefälle: Wonne Joh. Joh. geb. Danz. 71 J. — Ober-Regimentsarzt i. R. Friedrich Meier, 71 J. — Barbara Helene Bremer, geb. 23 J. — Bergbauingenieur i. R. Gustav Domagala, 63 J. — Ehefrau Margarete Auguste geb. Grottel, 55 J. — Immolete Friedricha Grottel, geb. 63 J. — Poliermeister Albert Marx, 33 J. — Lechner des Königs- kriegs Schützler, geb. 2. Nov. — Sohn des Immolete Grottel August, 19 J. — Musikdirektor Albert Grottel, 66 J.

Sport-Turnen-Spiel

Der Vorkampf der Arbeiterportler

Zum Treffen am Sonnabend / Die Mannschaftsaufstellungen

Auf den Vorkampf der beiden Mannschaften der Arbeiter- portler ist schon vor einigen Tagen hingewiesen worden. Es werden sich in dem Treffen eine Mannschaft des Atle- tenklubs „Gigantea“ und eine Mannschaft der SSS-Kur- stiften gegenübersehen. Ueber die Ausichten der Mannschaf- ten oder gar der einzelnen Kämpfe im voraus Betrachtun- gen anzustellen, wäre verfehlt; denn der Kampf stellt einen Versuch dar, einerseits das Können der Danziger Arbeiter- boyer in Danziger Mannschaftskämpfen zu erproben und andererseits die Ringerfahrung der einzelnen Kämpfer zu stärken. Selbstverständlich sind die Giganten als geschlossene Mannschaft ihren Gegnern durch die Erfahrungen mit aus- wärtigen Gegnern im Vorteil, obwohl die Stärke der SSS-Kurstitenmannschaft nicht zu unterschätzen ist, da eine Reihe harter und erprobter Boyer für sie parat. Der Kampf wird zweifellos viele spannende Momente bringen, so daß dem Start der beiden Mannschaften mit Interesse entgegengesehen wird.

Die Veranstaltung beginnt, wie bereits mitgeteilt wurde, am Sonnabend um 8 Uhr im „Café Bischofsböde“. Die beiden Mannschaften werden in folgender Aufstellung star- ten („Gigantea“ zuerst genannt):

Fliegengewicht: Strehlau gegen Engler; Bantamgewicht: König gegen Weidmann; Federgewicht: Reimann II gegen Schönborn; Leichtgewicht: Jiegert gegen Lind; Mittelge- wicht: Musahl gegen Haase; Mitteltgewicht: Reimann I ge- gen Schwan; Halbschwergewicht: Prüll gegen Gorzli; Schwergewicht: Müller gegen Dästerbed.

Deutschlands Meister im Amateur-Ringen

Nachdem bereits an den Overtagen die Entscheidungen im Bantam-, Feder-, Leicht-, Mittel- und Schwergewicht der Deutschen Meisterschaften im griechisch-römischen Ringkampf gefallen waren, wurden am Dienstagabend auch die Mei- ster im Mittel- und Halbschwergewicht ermittelt. Wie hart die deutsche Ringerklassen im Olympiajahr ist, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß es nur einem Vorjahrsmeister, dem Berliner Werner Seelenbinder, gelang, seinen Titel mit Erfolg zu verteidigen.

In den einzelnen Gewichtsklassen ergibt sich nach den Meisterschaften folgendes Bild:

Bantamgewicht: Deutscher Meister Jurkin Gebring-Sub- wigshafen, 2. Jakob Brendel-Nürnberg, 3. Johann Herbert- Stuttgart.

Federgewicht: Deutscher Meister Eduard Sperling-Dort- mund, 2. Sebastian Hering-Renning, 3. Georg Weidner- Stuttgart.

Leichtgewicht: Deutscher Meister Heinrich Kettesheim- Köln, 2. Wolfgang Carl-München, 3. Heinz Schwarzkopf- Köln.

Mittelgewicht: Deutscher Meister Hans Fodler-Halle, 2. Paulsen-Berlin, 3. Willi Gindler-Krefeld.

Halbschwergewicht: Deutscher Meister Werner Seelen- binder-Berlin, 2. Erich Siebert-Darmstadt, 3. Epret-Sub- wigshafen.

Schwergewicht: Deutscher Meister Georg Gebring-Sub- wigshafen, 2. Kurt Hornischer-Nürnberg, 3. Eugen Sägerle- Stuttgart.

Stettin-Danzig-Königsberg

Der Drei-Städte-Kampf der ostpreussischen Gerätturner, der am vergangenen Sonntag in Stettin ausgetragen werden sollte, kommt erst am 25. Oktober zur Durchführung, da ein früherer Termin angeblich nicht mehr zur Verfügung steht.

Neuer Motorboot-Weltrekord. Der italienische Motorboot- Rennfahrer Carmagnani unternahm auf dem Lago Maggiore bei Arona einen Angriff auf den Weltrekord für Rennboote bis 1500 Kubikzentimeter. Sein Vorhaben glückte, für eine Meile benötigte er 59,8 Sekunden, und mit einem Stunden- mittel von 111,491 Kilometern verbesserte Carmagnani die bisher mit 109,725 Stundenkilometern von seinem Lands- mann Benturi gehaltene Klassen-Bestleistung.

Schleifer (München) erlitt eine unerwartet schnelle 20.-Niederlage in Buenos Aires durch Chiles Leichtgewichts- meister Simon Guerra. Gleich in der ersten Runde mußte er zwei Rinnhaken einstecken, die ihn für die Zeit an Boden brachten.

Hr. Weiz (Danzig), die bekannte polnische Diskuswerferin, ist bereits in besserer Form. Nachdem sie bei den Hallen- Meisterschaften mit 1515 Metern im Hochsprung einen neuen Landesrekord aufstellte, konnte sie bei einem Vorbereitungskurios in der Hochschule für Selbstübungen in Wielan- wehrmal den Diskus über 40 Meter weit werfen.

Herr Perry hatte alle Mühe, sich bei den internationalen Tennis-Meisterschaften der Tschechoslowakei in Prag für die Schlussrunde zum Männer-Einzel zu qualifizieren. Gegen den Tschechen Siba benötigte er 61 Spiele, um mit 6:4, 6:3, 7:9, 4:6, 9:7 zum Siege zu kommen. Robert Krenzel, der Titel- verteidiger, unterlag seinem Landsmann Hecht 2:6, 5:7, 2:6. Hr. Koff-B. Krenzel schlugen Sebala-Glath 6:4, 7:9, 6:2 und Hr. Köppel bezwang Hr. Kojewski 3:6, 6:3, 6:1.

Spaniens Fußball-Elf für den Länderkampf gegen die Tschechoslowakei am kommenden Sonntag steht ebenfalls fest. Sie lautet: Cizguirre, Zabala, Aedo, Jubieta, Rugerza, Roberto, Santolra, Requero, Sangata, Lecue, Goropiza. Man sieht, daß Zamorra nicht mehr im Tor steht.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

- Freitag, den 24. April
- 17.40 Bremen: Die moderne Musikforschung und der Rassenmus (deutsche Sendung)
- 18.00 Nürnberg I: Konzert. — 18.10 Hildesheim II: Leichte Musik. — 18.30 Paris: Orchesterkonzert. — 18.45 Prag: Deutsche Nach- richten.
- 19.05 Lehti: Chorkonzert. — 19.15 Riga: Orchesterkonzert (Beethoven und Schostakowitsch). — 19.30 Warschau: Orchesterkonzert. — 19.35 Bukarest: „Lucea de Lazarusmor“. Oper von Donizetti. — 19.45 Braunschweig: Deutsche Nachrichten. — 19.50 Brest-Litovsk: Russische Musik.
- 20.00 Brüssel franz.: Militärmarche. — Budapest, Drottwich u. Wien: Britisches Rundfunk-Sinfonieorchester (aus Budapest). — Oslo: Religion Musik. — Prag: Konzert der tschechischen Philharmonie. — 20.15 Posta Parlaten: Kabarett und Chansons. — 20.45 Paris: Leichte Musik. — 20.55 London Regional: Orchesterkonzert.
- 21.00 Straßburg: Liederabend. — 21.05 Wien: Wiener Volkslieder. — 21.10 Brest-Litovsk: „John D. erobert die Welt“. Hörspiel von Friedrich Wolf. — 21.30 Brüssel franz.: Militärmusik. — Ka- lundborg: Filze, Oboe und Klarinette.
- 22.00 Wien: Nachrichten. — 22.15 London: Musik des 18. Jahrhun- derts. — 22.30 Drottwich: Phantasien von Schubert. — 22.45 Bukarest: Deutsche Nachrichten.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg - Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

20. Fortsetzung

„Und dann, und dann...“ forschte Schumann weiter. Er fühlte sich wie ein Reisender, der sich jahrelang den Besuch eines Ortes gewünscht hat und nun, angekommen, es für fast selbstverständlich hält, daß sich ihm seine Sehnsucht erfüllt hat. Er war ganz ruhig. Er spürte seine beiden Handflächen auf der Stuhllehne aufliegen und konstatierte, daß sie spitzig war. Das Mädchen vor ihm, ein dunkler, behäbiger, braver Studentinnen-Typ, war schlecht gepudert und hatte einige nicht angenehme Bläschen auf der linken Wange.

„Wissen Sie denn wenigstens, wie sie ungefähr hieß? Und ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß sie am Finger der einen Hand eine kleine Verformung hatte?“

„Doch, doch“, bestätigte die Studentin lebhaft, „ich weiß es sogar genau, weil ich mich zuerst davor etwas geekelt habe. Damals fing ich erst an, Medizin zu studieren“, fügte sie entschuldigend hinzu, „und ihr Name war ungefähr, nein, nein, nicht ungefähr, sondern — jetzt fällt es mir ein — ganz bestimmt: Saavedra. Man vergißt so etwas, obwohl ich ihn mir gleich merkte wegen der Synonymität mit dem Cervantes-Gesicht.“

„Was ist sie denn?“

„Hier war sie nur auf Ferien. Sie war Bibliothekarin in Limes. Vermutlich wird sie noch dort sein. Es ist ein kleines Nest, raues Klima, oben in den Nordbergen. Kohlengruben, eine ewig anzuführende Desinfektion. Mir würde es dort nicht gefallen. Aber darf ich eigentlich fragen, wer Sie sind, mein Herr?“

Sie trat erschrocken einen kleinen Schritt zurück. Der fremde Mann mit dem zerfurchten Gesicht und grauen Haar hatte unnatürlich geweitete Augen und lehnte, beide Arme über den Kopf nach den Seiten ausgedehnt, gegen die Wand preschend, an der Mauer. Die Wände der Stube waren geschwollen, und er brüllte etwas heraus, was das Mädchen gar nicht verstand, weil es nur stockend vorgestoßene, unartikuliert Sante waren.

Er hat einen Anfall, dachte sie, und wollte zur Tür. Da war es schon vorüber. Der Fremde stand wieder wie ein ganz gewöhnlicher Sterblicher neben ihr. Nur zitterten seine Hände beim Zigaretten-Anzünden so, daß sie ihm schließlich selbst das Streichholz anreiß. Er tat drei lange Züge, riß ein Blatt aus einem Wäselein, schmierte etwas darauf und gab es ihr.

„Ich bin der Vater dieser Frau, die Sie beschrieben haben. Sie haben mir einen großen Dienst geleistet, bitte nehmen Sie meine Adresse und — er gab ihr noch eine Visitenkarte, — und das andere, bitte ich Sie, von mir anzunehmen als Entschädigung für die Veräumnisse, die Sie früher durch Ihren Besuch bei mir begahrt haben.“

Draußen auf dem Gang entfaltete das Mädchen den Zettel. Sie erschrak über die Höhe des Schicks. In demselben Augenblick steckte Schumann noch einmal den Kopf zur Tür hinaus und winkte sie heran:

„Aber eine Bedingung, mein Fräulein: nichts davon weiter erzählen oder in die Zeitung bringen! Versprechen Sie es mir?“

Das Mädchen nickte, dann umarmte sie ihn spontan und tief davon.

Als Schumann eine halbe Stunde später mit gepackten Koffern im Besitz der Schlüssel, fiel ihm auf, daß die Leute ihn anlächelten. Er lächelte zurück, er war glücklich, und er freute sich, daß auch die anderen sich freuten. Würde, was ihm schließlich egal. Schließlich brachte der gewandte Portier ihm direkt bei, daß er das Gesicht voll Wunder hatte.

„Sie mögen das nicht“, fragte er den völlig Verblüfften und empfahl sich, ohne auf die Entschuldigungsbelegungen des Mannes zu hören, der dachte, einen faux pas begangen zu haben. Aber Hotelportiers beruhigen sich rasch. Haben sie doch neben den Fremden die beste Menschenkenntnis und stärkste Menschenverachtung von allen Berufen.

Die Reise nach Barcelona war mit allerhand Verzögerungen verbunden. Die politische Unruhe schien sich immer weiter auszuweiten. In Valencia bekam der Zug eine militärische Bedeckung. Barcelona selbst zeigte ein Aussehen, das Schumann kannte. Daß die Straßen voll von Menschen waren, war ja nichts Ungewöhnliches, denn bis in die späte Nacht hinein war hier immer alles auf den Beinen. Aber das Fieber, das die Leute zu beherrschten, die vielen diskutierenden Gruppen, die sich widersprechenden Extrablätter der Zeitungen, die schnitzenden Pfeife und Zigarren, wenn die Polizei-Patrouillen sich quer den Weg über die Plätze bahnten, zeigten deutlich die sich steigende Erregung. Die Stadt war voll von Gerüchten. Es hieß, daß die katalanische Selbstverwaltung eine offizielle Lösung vorbereite. Genau war allerdings nicht zu erfahren. Der Bankier Girobles empfing Schumann besonders herzlich:

„Das ist ein Glück, daß Sie kommen. Große Geschäfte. Es riecht hier nach Revolution. Wir haben von Paris den Auftrag, unverzüglich in der Nacht von Badalona Waffen für die Regierung zu liefern. Sie werden von Madrider Vertrauensleuten dort abgenommen. Die Schiffe kommen aus Marseille herüber. Selbst wenn die spanischen Küstenbatterien hier mit katalanischen Regimentern besetzt sind, besteht keine große Gefahr. Es sind Torpedoboote und Kreuzer unserer Marine, die sicher sind, angewiesen, die Transporte zu decken. Außerdem wird bei Nacht gelandet. Gleichzeitig kommt Gas in Ritten, die als Piano's deklariert sein werden, hier direkt im Hafen an. Besonderer Wert wird auf die Maschinengewehre gelegt, die bei den Sendungen sind. Es ist erstklassige Ware, Hotchkiss Nr. 8, das selbe Modell, das für die Japaner nach China geliefert worden ist. Es ist zwar nur eine Spielerei für Sie, diese Sachen durchzuführen, aber die Telegramme von Durainis bezeichnen Sie mit Namen.“

Es klappte alles. Schumann erfüllte die Aufgabe mit sachlicher Selbstverständlichkeit. Er lebte die Revolution in welcher Gestalt auch immer, ab. Selbst in den Zeiten seiner stärksten Apathie war er bestig geworden, wenn die Ruhe und Ordnung der Welt, die ihm durch ewige Gehebe vorgeführt schien, gefährdet zu werden drohte. So wenig wie er unordentliche Kleider liebte, so wenig verwarf er seine Abneigung gegen eine „unordentliche“ Weltanschauung. Alle seine privaten Erlebnisse, sein Leid, sein Schicksal, und die überraschenden Wendungen seines Lebens hatten jenes Grundgefühl nicht überwinden können, das in der Jugend in ihm geplatzt worden war, das Gefühl für das Recht der Macht des Mannes, der die Waffe trug und dessen, der diesem Mann Kraft seiner Persönlichkeit befehlen konnte.

Die Landungen im Hafen vollzogen sich ohne Schwierigkeiten. Die Hafenarbeiter, weißt Spontilitäten, die unter sich lebhaft und ohne Genuß die Möglichkeiten eines baldigen bewaffneten Aufstands erörterten, trugen während die kühnen Piano-Ritter auf die Camions, die von zuverlässigen Chauffeuren geleitet, damit nicht in die Kasernen führen, sondern in Baracken außerhalb der Stadt, deren Personal

und Wagen fast durchweg Beamte der Madrider Zentralregierung in Zivil waren.

Bei der Landung in der Nacht von Badalona gab es einen kleinen Zwischenfall. Es war später, dunkler Abend, als die großen Boote von den Schiffen die gutverpackte Fracht ans Ufer trugen. Die Luft war schwer von der Hitze des Sommers, und die Wellen kamen ganz leise und behutsam in langen Linien angezogen. Da das Ufer aber ziemlich klippig war, hatte man Fischer mitgenommen, die jeden Zollbreit Meer hier kannten. Es waren arme Burden, die sich gern mit dieser nächtlichen Arbeit ein paar Peseten verdienten. Die Agenten der Gesellschaft hatten Schumann hinterbracht, daß man mit ihnen sehr vorsichtig sein müsse, weil sie politisch als durchaus unzuverlässig galten.

Einer der Fischer nun, Geronimo mit Namen, half an einer abseitigen Stelle bei der Uebernahme der Kisten von den Booten ans Land. Und gerade vor ihm mußte durch die Ungeschicklichkeit eines von einer Mücke am Auge gestochenen Matrosen eine Riste auf die Steine fallen, zerfallen und aus ihrem geöffneten Leib eine Unzahl blinzelnder Maschinengewehrteile herausquellen lassen. Der Geheimpolizist, der in Zivil an dieser Stelle den Transport überwachte, sah Geronimo die Augen aufreißen und hörte ihn leise einen Pfiff durch die Zähne stoßen.

Der Polizist entfernte sich unauffällig und meldete den Fall Schumann. Er fügte hinzu:

„Ich habe auch ganz deutlich gesehen, daß der Burche etwas Blinkendes in die Tasche steckte. Wahrscheinlich will er seinen Kumpanen einen Beweis vorlegen.“

„Verhaften und unschädlich machen“, befahl Schumann kurz. Der Agent nickte und entfernte sich.

Er suchte Geronimo auf, verwickelte ihn in ein Gespräch und meinte dann:

„Wir wollen jetzt einmal dort hinüber. Da kommen gleich zwei Boote an, wo man einen so kräftigen Mann wie Sie braucht.“

Er schloßerte mit dem Fischer über den Strand, der sich um viele vorpringende Felsen schlängelnd dahinzog. Der Fischer hatte seine Entdeckung im Augenblick ganz vergessen

und erzählte dem Agenten vom letzten Stierkampf am Sonntag, den er mit seiner Braut besucht hatte. Dann begann er von deren großen Augen zu schwärmen, redete sich in glücklicher Erinnerung immer mehr in Feuer und merkte gar nicht, daß sein Begleiter ganz langsam einen Schritt zurückblieb und hinter ihn trat. Gerade als er sagte: „Sie hat Augen, daß ich die meinen süßlichen muß, wenn ich hineinschäse“, erhielt er einen fürchterlichen Schlag über den Schädel und brach blutüberströmt zusammen. Man wickelte den Viehhaber schöner Augen und fremder Maschinengewehrbestandteile, wie der Detektiv später Schumann voll Selbstanerkennung erzählte, in ein Tuch, das gut und solide zusammengeschnürt war, band einige Steine daran und fuhr mit dem unaufmerksamen jungen Manne etwas hinaus aufs Meer, ohne daß man wieder mit ihm zurückkehrte.

Für Schumann war der Unglückliche ein Verräter. Unbewiesenermaßen, aber trotzdem ebenso sicher, und wenn er sich auch über das schreckliche Gesicht des ägyptischen Ausdrucks wählenden Detektivs ärgerte, so verwendete er doch kaum einen flüchtigen Gedanken an das José Geronimos. Auch über die erforderliche Aufmerksamkeit für die rasche Abwicklung der nächtlichen Szene hinaus war er kaum an diesen Dingen, die hier vorgegangen, interessiert. Sein Herz flüchtete nach Limes, und alles, was zwischen ihm und seiner Ankunft dort lag, war nur ärgerliches Gemühs.

Von seiner Geliebten hat er erzählt, schloß der Agent grinsend seinen Bericht. „Er ist wenigstens mit einem guten Gedanken zur Hölle gefahren.“

„So“, entgegnete Schumann teilnahmslos und ging einige Schritte abseits. Dann hallte das Wort „Geliebte“ plötzlich wie ein Echo in ihm auf, und er lehnte sich, schwer atmend, gegen einen Baumstamm. Seit seiner Ankunft in Sevilla hatte er überhaupt kaum noch an Haydée gedacht. Es erschien ihm dies ebenso unfaßlich wie — und das war es, was ihm vor sich selbst Grauen einflößte — selbstverständlich. Sie hatte zwar regelmäßig Briefe geschrieben, aber diese Briefe waren farblos gemein. Die Untersuchung gegen sie lief immer noch. Der Bankier Girobles, der auf Schumanns Bitte sich dauernd um sie kümmerte, hatte ihm nur mitgeteilt, daß der Stand der Dinge unverändert wäre, ihre Behandlung aber so, wie man sie einem Gefangenen, der ja noch nicht verurteilt oder überführt war, angedeihen ließ. Befehle seien freilich nach wie vor nicht zu erreichen gewesen.

Schumann konnte nicht unterscheiden, ob Haydées Zuversicht ihm dies Gefühl des Vertrauens, sie würde sich schon allein durchbeißen, gegeben, oder ob die Nähe Gabrielles alles andere ausgetilgt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

BOXKAMPF

am Sonnabend, den 25. April dieses Jahres, abends 8 Uhr, im Lokale „Café Bischofshöhe“

- Schwerathletik-Klub „Gigantea“ gegen eine Mannschaft des
- Sportabzeichen-Kursus (SSS)

Acht Kämpfe

Anschließend daran Tanz in sämtlichen Räumen

Eintritt 70 Pfennig, Erwerbslose (gegen Ausweis) 40 Pfennig / Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr

Ohne Einladungskarte kein Zutritt

Einladungskarten sind erhältlich in der Geschäftsstelle der „Danziger Volksstimme“, im Parteibüro der Sozialdemokratischen Partei und bei den Funktionären der Arbeitersportvereine

„Tante Nikolaja“ jagt auf Unverheiratete

Private Heiratsinitiative in Jugoslawien

MTP, Belgrad, im April.

Die Mittel, mit denen staatliche und kirchliche Behörden versuchen, Eheschließungen zu fördern respektive der „Angst vor der Peirat“ entgegenzuwirken, sind sehr mannigfaltig. In manchen Ländern sind die Strafen für das Zusammenleben nicht verheirateter Paare erhöht oder erst geschaffen worden; in anderen Ländern versucht man, die Ehepaare durch eine Herabsetzung der Heiratsgebühren zu vermindern und wiederum in anderen glaubt man, durch Heiratsbeihilfen besonderen Anreiz zu schaffen. Keine Institution, weder eine weltliche noch eine geistliche, hat aber mit so großen Erfolge gearbeitet, wie eine einzige alte Frau, „Tante Nikolaja“, die in Zagreb wohnt und die ihren Lebenszweck darin sieht, illegitime Paare legitim zu machen.

„Tante Nikolaja“ ist in ganz Jugoslawien berühmt und — von den Männern — gefürchtet. Untersuchungen, die sie angestellt hat, sollen ergeben haben, daß in den meisten Fällen die Männer dem Weg zum Standesamt ablehnend gegenüberstehen. Die Männer fürchten durchweg die finanzielle Belastung der Ehe; sie fürchten bei einer Verringerung ihrer Einkünfte oder bei Verlust ihrer Stellung auch mit der Sorge der Unterhaltung ihrer Frauen belastet zu sein. Deshalb vertrauen sie die Mädchen, auch wenn sie mit ihnen zusammenleben, auf die Zukunft, Monate, Jahre hindurch, und so bleibt das Mädchen unverheiratet, unverjagt und ungeschützt durch die Gesetz.

Hier nun steht die Arbeit von „Tante Nikolaja“ ein. Sie hat ein regelrechtes Spionagesystem zu friedlichen Zwecken geschaffen. Einige Dutzend freiwilliger Helferinnen stehen ihr zur Seite und wachen aus, wo es Paare gibt, die nicht verheiratet sind, und diese Paare jagt „Tante Nikolaja“ auf. Manchmal gelingt es ihr schon nach einer ganz kurzen Unterredung, den Mann zur baldigen Heirat zu überreden; manchmal wirft der Mann sie auch hinaus. „Tante Nikolaja“ kommt aber wieder, Dukende von Malen, jahrelang, wenn es sein muß, und sie ist stolz darauf, daß sie in bisher sechsjähriger Arbeit noch nicht einen einzigen Mißerfolg zu verzeichnen hat. Ueber 1000 Paare hat sie schon, zum Teil gegen den Willen des Mannes, zum Traualtar geführt; sie hat dafür gezahlt, daß die Ehefrauen und Ehefrauen Arbeitsmöglichkeiten fanden, sich anständige Kleider kaufen und hygienische Wohnungen beziehen konnten. Sie hat 600 unehelichen Kindern durch Eheschließung zwischen ihren unverheirateten Eltern die feste familiäre Grundlage verschafft und sie kennt kein Erbarmen, wenn es sich darum handelt, die Widerstände des Mannes zu beugen.

Zweimal in der Woche organisiert sie mit ihren Helferinnen eine richtige Razzia auf wilde Ehen. Die Aufgabe der Helferinnen ist es, die Arbeiter- und Dienstleistungsleute zu durchstreifen; sie forschen die Adressen von „wilden Ehepaaren“ aus. Tags darauf macht sich „Tante Nikolaja“ auf den Weg und an die Arbeit; sie erklime die Stiegen zum Dachzimmerchen, steigt hinunter in feuchte Keller und überredet die Männer. Oft ist ein Paar, das schon Jahre hindurch frei zusammengelebt hat, eine Woche nach dem Besuch von „Tante Nikolaja“ bereits auch behördlich verheiratet. Sie hat es in einem Falle sogar erreicht, einen schwärzigen Mann zu überreden, seine Lebensgefährtin zu heiraten, mit der er schon 64 Jahre zusammengelebt hatte.

Nur sehr selten, so wird berichtet, erlebt „Tante Nikolaja“ Enttäuschungen.

Russische Frauen bestimmen ihre Kleidung

Modenschau in Leningrad — Sein Diktat einer Modenindustrie

Während in allen Ländern die Mode „diktiert“ wird, d. h. Frauen, die modern angezogen gehen wollen, gezwungen sind, das zu tragen, was die Modediktatoren im Interesse der großen Textil- und Konfektionsfabrikanten zu jeder Saison herausbringen, versucht die Sowjetunion den umgekehrten Weg. Sie läßt die Käufer urteilen und bestimmen, welche Modelle zur Massenfabrikation angenommen werden. Die tüchtigsten Schneider der großen Kaufhäuser und Konfektionsfabriken entwerfen neue Modelle und Künstler geben ihr Gutachten. Dann werden die neuen Sachen in Ausstellungen dem breiten Käuferpublikum gezeigt und diejenigen Modelle, die den allgemeinen Beifall finden, kommen in die engere Wahl zur Massenfabrikation.

Auf der letzten großen Unionausstellung für Frühjahr- und Sommerkleider erhielten das Moskauer und Leningrader Universal-Kaufhaus die erste Prämie für die größte Zahl der mit dem Prädikat „vorzüglich“ ausgezeichneten Modelle. Jetzt fand im Modediktator des Leningrader „Universum“ die erste Modenschau statt. Anwesend waren über 500 Frauen und einige Dutzend Männer. Jeder Käufer oder Besucher des Warenhauses konnte teilnehmen. Auf einer kleinen Bühne wurden etwa 35 neue Kleider, ebensoviel Hüte und 15 bis 20 Mäntel vorgeführt. Die Vorführung selbst ging so vor sich, wie überall, nur mit dem Unterschied, daß hinterher die Käufer das Wort hatten.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Schneiderinnen und sogar Männer gaben ihr sachmännliches Urteil ab.

Abgegeben von einer Reihe kritischer Bemerkungen über einige Modelle von Abendkleidern (Kuschelstücke, Farben und Länge) war ihre Meinung ziemlich einseitig und läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

„Der erste Versuch der Veranstaltung einer Modenschau ist vollkommen gelungen und freudig zu begrüßen“, schreibt die DZ (Deutsche Zentralzeitung). „Was wir sehen, stellt einen großen Erfolg der Leningrader Bekleidungsmeister dar. Während wir uns früher fast ausschließlich nach der ausländischen Mode richteten, haben wir jetzt bereits eine eigene Linie, einen sowjetischen Modestil herausgearbeitet. Unser neues Gesellschaftsleben hat andere Beziehungen zur Frau entwickelt. Die Sowjetfrau ist gleichberechtigter, wird geachtet, und mit dem vorwärtsschreitenden Leben sind die Fragen der Heranarbeit neuer Formen eines neuen Modestils durchaus aktuell. Wir brauchen Ingenieure der Mode und Laboratorien, in denen auch Vorschläge aus den breiten Schichten der Räter ernsthaft geprüft und bearbeitet werden können.“

Dann wurde noch der Wunsch laut, einige namhaft genannte Modelleure und Schneider für ihre hervorragende Arbeit zu prämiieren, im übrigen solle das Kaufhaus auch dafür sorgen, daß bei der Fabrikation der zur Massenherstellung bestimmten Sachen genau so sorgfältig geachtet wird, wie bei den vorgeführten Modellen. Ein Modediktator wurde auf das höchste kritisiert, da es noch immer im alten Fabrikatormodell und sich keine Mühe gebe, Neues zu schaffen.

Gib die „Volksstimme“ weiter!

Falsche Berechnungen?

Die Ursache des Berliner Baumglücks

In der Donnerstag-Vormittags-Sitzung des Baumglückprozesses wurde zunächst noch einmal die Frage der Ausschüttung und der Auslieferung gestreift. Bauleiter Roth stellte erneut fest, ihm sei nicht bekannt gewesen, daß der Boden in der Baugrube vorwärtsdrückend tief ausgehoben worden sei. Auch in der Frage der Auslieferung will er ordnungsmäßig verfahren sein. Erst nach dem Unglück habe er erfahren, daß die Reichsbahn keine gestohlenen Stelzen in der Baugrube haben wollte. Statt der gestohlenen Stelzen will Roth überwiegend sogenannte Konsole verwendet haben, das sind Eisenstützkonstruktionen, die er für betrieblicherer hielt. Auch gegen die Anwendung der Konsole sollen weder von der Reichsbahn noch von der Reichsbahn Bedenken erhoben worden sein. Roth will zu diesen Hilfskonstruktionen gegriffen haben, weil die Beschaffung neuer Stelzen mindestens drei Wochen gedauert hätte und der Baubetrieb nicht so lange aufgehalten werden durfte.

Weiter wurde die technische Bedeutung der Andreaskreuzen erörtert. Das sind kreuzförmige, innerhalb der verschiedenen Stelzenlagen angebrachte Verschiebungen; die etwaige in den Mittelwänden auftretende Längsdrücke abfangen sollen. In der westlichen Mittelwand waren diese Verschiebungen nach Roth Befestigungen bereits angebracht. Bei der östlichen Mittelwand, der Unfallwand, sei man dabei gewesen, die Verschiebungen einzubauen, als der Einsturz allen weiteren Arbeiten ein Ende setzte.

Am 14. August setzte so starker Regen ein, daß die Bauarbeit vorübergehend eingestellt werden mußte. Während in der Zeit vom 1. bis 10. August nur 1,4 Millimeter Regen gefallen waren, öffnete der Himmel in der Zeit vom 11. bis 20. August seine Schieusen in so ungewöhnlichem Ausmaß, daß eine Gesamtmenge von 64,9 Millimeter errechnet wurde.

Roth bemerkte, daß der Regen an den Böschungen der Baugrube Ausfällungen hervorgerufen und den Boden völlig durchwühlt habe.

Die Verhandlung wird fortgesetzt. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung äußerte sich Roth über seine Zusammenarbeit mit der Direktion und behauptete sie als sehr schwierig. Vor allem ist Roth nicht mit dem Statiker zufrieden gewesen. Im Laufe des Prozesses will er sich davon überzeugt haben, daß dieser Statiker

sehr schwere Unterlassungsdelikte begangen habe, er rechne ihm aber zugute, daß er überheblich und von seiner Unselbstständigkeit überzeugt gewesen sei. Roth meinte, bei richtiger Erkenntnis der Sachlage hätte ein Unglück solchen Umfangs verhindert werden können. Roth erklärte weiter, daß der Statiker bei der Projektänderung vollkommen neue Berechnungen über die Stellanlage hätte anstellen müssen. Diese Berechnungen hätten jeweils nur für bestimmte Verhältnisse Gültigkeit gehabt, sei es aber nach den eingetretenen Veränderungen überholt gewesen. Zugunsten des Statikers müsse allerdings berücksichtigt werden, daß er mit Arbeit so überlastet gewesen sei, daß er nicht einmal Zeit gefunden habe, persönlich auf der Baustelle zu erscheinen.

Weber sein Verhältnis zu dem Reichsbahnrat Weyher befragt, sagte Roth, Weyher sei aaligant gewesen und „in sachlicher Beziehung niemals zu lassen“. Die Sicherheit der Arbeit habe dadurch gelitten, daß Weyher seine Anordnungen häufig widerrufen habe. Der mitangeklagte Baurat Schmitt sei nur das Sprachrohr Weyhers gewesen und habe keinen eigenen Willen gehabt.

Kolon- und Salvarian-Fälliger vor Gericht

Seit Kriegsende tauchten in verschiedenen deutschen Städten Fällungen von Kolon und Resorvarian auf, die allem Anschein nach aus einer bestimmten Fällwerkstätte herrührten. Das „Kolon“ dieser Fälliger bestand aus Kaltron, das „Resorvarian“ wurde aus Glas, Sand und einem Farbstoff zusammengesetzt. Die Wadungen waren mit falschen Etiketten versehen.

Im vergangenen Sommer gelang es in München, mehrere Personen festzunehmen, die an der Herstellung der Fällungen beteiligt waren oder die sie vertrieben hatten. Wegen dieser Straftaten hatten sich nun neun Personen zu verantworten, die fast durchweg einschlägig vorbestraft waren. Einer der Angeklagten erhielt ein Jahr zwei Monate Zuchthaus unter Ab-

Liebe im Vorfrühling

Von Carl von Clement

Vor dem Dieferrwald führt ein breiter Dieferrstreifen hinab zum See. In dieser Stelle hatte sie sich verabredet.

Liedlich hatte die Sonne kurz aus den Wolken hervorgelächelt, das Land ringsum in ein Licht getaucht, das wiederum alles lächeln ließ, was im Umkreis dieses Dieferr lebte. Er hatte nicht zu viel versprochen, als er gesagt: Die Sonne wird gewiß scheitern, Fräulein, ich spüre den Frühling schon in allen Knochen und im Blut. Die Sonne wird scheitern. Und Sie — Sie werden doch kommen, nicht wahr?

Diese Unterredung verlief in einem kleinen Papierwarengeschäft des Dieferr, in dem er als Verkäufer angestellt war. Er stand hinter dem Dieferr und blickte sich leicht zu ihr hinüber, während sie im Laden stand, den sie vor fünf Minuten betreten hatte, angeblich um Briefpapier zu kaufen. Beide waren sehr jung.

„Sie werden doch kommen“, sagte sie, das kleine Mädchen hochgehend. Wozu er erwiderte:

Da stand er nun seit einer Weile unter den ersten Stämmen des Dieferrwaldes. Die Bäume ragten hier weit voneinander entfernt, und der Wind rief ihm laut von See heranzu. Der Mantel des jungen Mannes flatterte. Er ging mit hastigen Schritten auf und ab, immer wieder und wieder in die Richtung hörend, aus der sie kommen würde. Er sah die Bäume zusammen und ballte die Fäuste in den Taschen. Er fror ein wenig, was er jedoch nicht zugab. Manchesmal überkam ihn eine Welle von Zärtlichkeit, die ihm das kalte noch winterliche Land schon frühlinghaft verzauberte. Sie kommt, dachte er. Sie werde ihr alles, alles sagen. Wir wollen Sand in Hand zum See hinuntergehen und dann schwimmen und nur das Glück spüren, das uns die Zukunft geben wird. Wir werden.

In diesem Augenblick tauchte sie hinter der Wegbiegung auf. Sie kam mit schnellen energischen Schritten daher, den Kopf ein wenig geneigt, wie in Gedanken schreitend, als hätte sie etwas Gutes zu tun, das sie schnell erledigen wollte — etwas Wichtiges. Jetzt hob sie den Kopf und — das Mädchen. Er wollte beide Arme hochwerfen und winken und den Hut vom Kopf reißen. Aber es wurde nichts daraus. Mit ein paar langsamen Schritten ging er ihr entgegen und sagte lächelnd und gemessen:

„Ja, da sind Sie ja.“

„Ja“, sagte er, ihm die Fingerstippen reichend. „Ich wollte

erkenntnis der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, drei Angeklagte wurden zu zehn Monaten Gefängnis und einer zu acht Monaten verurteilt. Drei Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden, während das Verfahren gegen eine Angeklagte auf Grund des Straf- freizeitsgesetzes eingestellt wurde.

Nachwintert im bayerischen Wald

Der Nachwintert ist nach dem Schneetreiben der letzten Tage nun auch im bayerischen Wald eingetroffen. Dieferr, Wälder, Felder Täler und Höhen zeigen sich im weißen Kleid. Unternehmlich ist die Schneehöhe. In Eisenstein betrug sie z. B. 30 Zentimeter, auf dem Brennes 45 und am Falkensteinhaus 66 Zentimeter. Auf der Reichsstraße von Miesbach nach Eisenstein mußte der Schneepflug eingesetzt werden. Teilweise herrschte ein Temperatur von 2 Grad unter Null.

Hub im Erzgebirge

Nachdem es im östlichen Erzgebirge seit Sonntag mit kurzen Unterbrechungen geschneit hatte, setzte in der Nacht zum Donnerstag erneut ein heftiges Schneetreiben ein, das den ganzen Tag über anhielt. In den Abendstunden trat ein kurzes Gewitter auf. Die Wäldungen zwischen Binnwald, Oberbärenburg und Rehefeld sowie an der böhmischen Grenze sind tief verschneit. Die Waldwege sind kaum passierbar, und die Verkehrsstraßen sind nur mit Vorsicht befahrbar. In den Gärten haben die Nachfröste vielfach Schäden angerichtet. Die Landschaft hat einen völlig winterlichen Charakter angenommen.

Schweres Erdbeben in China

Zahlreiche Tote

Nach einer Meldung aus Kanton wurden am Donnerstag bei einem schweren Erdbeben im Südwesten der Provinz Kwantung mehrere Dörfer zerstört. Tausende Einwohner sind obdachlos und es gab zahlreiche Tote. Einzelheiten über die Katastrophe fehlen bisher noch.

Folgeschwere Explosion

In der Schule für Kunst und Handwerk in Kairo hat eine Chlorexplosion stattgefunden, wobei 49 Studenten, 4 Professoren und 11 Mann vom Hilfspersonal verletzt wurden. Alle Verletzten wurden in die Krankenhäuser geschafft. Einige Feuerwehreinheiten, die zu Hilfe eilten, sind auch verbrannt worden.

Verunglückte Stilkäufer

In den letzten Tagen hat eine Gruppe Schweizer Studenten auf Skien verbracht, die Höhe von St. Bernhard zu erreichen. Nach dem ersten mühsamen Versuch hatte sie sich entschlossen, ungeachtet der Warnungen der örtlichen Grenz- wache, unbedingt die Höhe St. Bernhard (2487 Meter) zu er- zwingen. Kaum hatte sie sich einige hundert Meter von den Skafelern der Grenz- wache entfernt, so wurde sie bereits von einer Lawine überrascht. Einem der Studenten gelang es, sich aus dem Schnee zu befreien, um nach Hilfe des in der Nähe befindlichen Bernhardsnerklosters zu rufen. Die Bernhardsner- münde zusammen mit ihren Hunden und der Grenz- wache haben nach vierstündiger schwerer Arbeit alle Teilnehmer ge- borgen und nach dem Krankenhaus überführt. Zwei der Teil- nehmer befinden sich in bedauerlichem Zustande.

Direktor verliert Selbstmord. Der Direktor des Elektrizitäts- werkes in Hall in Tirol, Johann Wopfinger, der im 52. Lebens- jahr stand, hat sich am Donnerstag durch einen Schuß aus seinem Jagdgewehr das Leben genommen. Wopfinger hat seit dem Jahre 1914 die Kraftwerke der Stadt Hall geleitet. Seit einiger Zeit stand er in Disziplinäruntersuchung, weil man ihm Eigenmächtigkeiten in der Finanzgebarung vorgeworfen hatte. Am Mittwoch erlitt er bei einer Vernehmung einen Herzanfall. Er mußte in die Innsbrucker Klinik gebracht werden, aus der er am Donnerstag früh wieder ent- lassen wurde. Wenige Stunden darauf hat Direktor Wopfinger seinem Leben ein Ende gemacht.

„Wie oft ein wenig spazieren gehen. Da kam ich hier vorbei. Ich dachte nicht, Sie zu treffen.“ Ihre Stimme klang gemacht gleichgültig.

„So“, sagte er, „so“ und ich — ich habe mich hier mit einem Fremden verabredet — er wird wohl noch kommen.“

„Schweigen.“

„Gestern“, sagte sie, „gestern haben Sie sich mit mir ver- abredet.“

„Ja, aber es war nicht bestimmt, ob Sie kommen werden. Und überhaupt, ich liebe so ungewisse Verabre- dungen nicht.“

„Ganz mein Fall“, sagte sie.

„Der da wir uns hier getroffen haben. Könnten wir ja ein klein wenig spazieren gehen?“

„Und Ihr Freund?“

Der Hieb sah. Sie lächelte.

Er wurde verlegen.

„Um, der wird wohl nicht mehr kommen. . . Aber das macht ja nichts. Ich freue mich eigentlich, Sie getroffen zu haben.“

„Ja, es ist ein netter Junge.“

In diesem Augenblick stand die Sonne wieder im Ge- sicht zwischen den Wolken hervor. Wie glänzte der See, wie leuchtete der Wald, wie flimmerten die fernen Ruppen der Pyrenäen.

„Oh!“ sagten sie beide gleichzeitig, „das ist schön!“

Sie gingen in die Richtung des Sees hinab.

„Vorsicht“, sagte er, „das ist nicht weit von Ihnen, das Sie tun, als wollten Sie mich gar nicht gern sehen.“

„Ich bin ja?“ sagte sie, die Augen zu Boden gesenkt, „ich? Sie sind es doch, der sich mit einem Fremden verabredet hat.“

„Mit einem treulosen Fremden, — der nicht gekommen ist!“

Sie standen am See. Noch lag Eis rings an den Ufern

Ein kalter Wind rief durch das Rohr.

„Das ist noch nicht der Frühling“, sagte er.

„Aber bald kommt er“, erwiderte sie leise.

Sie standen am See. Schatten und Licht wechselten, in rader Folge kam und ging die Sonne. Er berührte leicht ihren Arm.

„Wollen wir nicht öfter miteinander spazieren gehen, so daß wir uns endlich verabreden? So daß wir uns endlich irgendwo treffen?“

„Sie sind es“, sagte er, „aber irgendwas in Ihren Augen begann es an lächeln.“

„Es war noch nicht die Stelle.“

Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung

Verkehrsmittel mit Gefängnis bestraft, weil Verletzung Verkehrs- anfall verursacht

Ein Verkehrsunfall, der am 25. Juli 1935 im Königsberg ein Menschenleben forderte, fand vor dem Schöffengericht sein Nachspiel. Die Verhandlung war insofern bemerkenswert, als nicht der Verkehrssünder, ein Verhrling, der den Unfall verschuldet hatte, sondern sein Meister als Hauptangeklagter verantwortlich gemacht wurde, weil er die nötige Aufsicht über den Verhrling außer Acht gelassen hatte.

Der damals eben 17 Jahre alt gewordene Feing Neu- mann war bei dem Maschinenbaumeister Fritz Brubbell im zweiten Jahr Verhrling. Er war außergewöhnlich ansehnlich und wurde von dem Meister zu einem Königsberger Kauf- mann geschickt, an dessen Auto eine Reparatur vorzunehmen war. Der Junge entschloß sich, den Wagen zur Werkstatt zu fahren. Er durfte das nicht tun, weil er keinen Führer- schein besaß, aber er machte trotzdem oft genug solche Fahrten. Der Kaufmann nahm an, daß der Junge einen Führerschein besaß; und der Junge nahm an, er dürfe ohne Führerschein fahren, sobald er die Monteurkluft an habe. Der Verhrling fuhr also den Wagen zur Werkstatt; dort wurde die Reparatur vorgenommen. Als dann der Wagen zurückge- bracht werden sollte, beauftragte der Meister den Verhrling, den Wagen zurückzuführen. Der Junge fuhr den Titaner Ball entlang, als aus der Sprindstraße eine Radlerin ein- bog. Der Junge gab Signal, die Radlerin wurde auf dem Wege etwas unsicher, das Auto fuhr das Rad von hinten an, drückte es gegen die linke Vorderachse, das junge Mäd- chen stürzte, wurde einige Meter mitgeschleift, erlitt schwere Verletzungen und starb fünf Stunden später im Kranken- haus.

Die polizeiliche Untersuchung, das Gutachten der Sachver- ständigen und die Beweisaufnahme im ganzen ergaben fol- genden Tatbestand: Das Auto war ein alter, großer, schwerer Wagen, bei dem die Handbremse tief lag. Der Junge lag in dem Wagen so, daß er gerade über den hinteren Stand der Schutzleiste setzen konnte. Sobald er sich nach der Hand- bremsle drückte, mußte er die Stütze über die Straße verlieren. Der Meister arbeitete in seiner Reparaturwerkstätte mit drei Verhrlingen, denen er ziemlich viel antraute. Es kann als er- wiesen gelten, daß die Probefahrten der reparierten Wagen von den Verhrlingen, die keinen Führerschein hatten, ausge- führt wurden.

Bei dem reparierten Unfallwagen war, als er die Werkstatt verließ, keine Prüfung vorgenommen worden, ob die Bremsen einwandfrei funktionierten. Der Sachver- ständige sagte: „Der Tod der Verunglückten hätte vermieden werden können, wenn der Junge die Bremsen in der Gewalt gehabt hätte. Es ist keine Seltenheit, daß sich in den Werk- stätten Verhrlinge mit einem gewissen Geltungsbedürfnis an das Steuer großer Wagen setzen, ohne den Führerschein zu haben. Aber jeder vernünftige Meister gibt ihnen dann ein Paar hinter die Ohren und zögelt so den Landebrand. Es darf sich nicht eben jeder 17jährige Junge einfach ans Steuer setzen und losbrausen! In dieser Beziehung tragen die Re- paraturwerkstätten mit die Verantwortung für die öffent- liche Sicherheit.“

Das Gericht verurteilte wegen fahrlässiger Tötung in Ausübung des Berufes den angeklagten Verhrling zu einem Monat Gefängnis, billigte ihm aber mit Rücksicht auf sein jugendliches Alter eine Bewährungsfrist auf die Dauer von drei Jahren zu. Der angeklagte Meister Fritz Brubbell wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Zum Tode verurteilt

28 Jahre alter Landwirtssohn wegen Vatermordes
Am Dienstag, dem 21. 5. M., fand vor dem Bromberger Bezirksgericht die Verhandlung gegen den 28 Jahre alten Besitzersohn Pawel Schünke aus Sadiogast (Kreis Schwedt) statt, der sich wegen Vatermordes zu verantworten hatte.

In der Nacht zum 16. Januar d. J. hatte der Angeklagte auf bestialische Weise seinen 68 Jahre alten Vater Franz Schünke ermordet, indem er ihm zwei Schläge mit einer Art auf den Kopf veretzte und dann sein graufiges Werk mit einem Küchenmesser vollendete. Nach vollbrachter Tat beabsichtigte der Mörder, auch seinen 26 Jahre alten Bruder Wilhelm zu erschlagen. Trotzdem auch diesen ein Schlag mit der Art traf, gelang es ihm noch, sich zu verteidigen und vor das Haus zu flüchten, wo die inzwischen alarmierten Nach- baren sich seiner annahmen. Der Mörder versuchte sich an- nächst in einem Brunnen zu verbergen. Er wurde aber bald aufgefunden und nach Bromberg ins Gefängnis gebracht. Streikt um Geld war die Ursache der Tat.

Das Gericht erkannte den Angeklagten des Mordes und des versuchten Mordes schuldig und verurteilte ihn für beide Verbrechen zweimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Das Urteil im Melbener Mordprozess

In dem Melbener Gattenmordprozess fällte das Richter- schöffengericht folgendes Urteil: Es werden verurteilt: Amalie Werner wegen gemeinschaftlichen versuchten Mor- des zu 10 Jahren Zuchthaus und Erich Klebsch wegen ge- meinschaftlichen versuchten Mordes und Totschlags zu ins- gesamt 16 Jahren Zuchthaus.

Peck eines blinden Passagiers

Fünf Tage im verschlossenen Wagon

Mojan Gedda aus Briesen wollte auf billige Art nach Gdingen fahren, um dort Arbeit zu suchen. Er verpackte sich in einem beladenen Güterwagen auf der Station Briesen und ließ sich von einem Bahnbeamten einschließen. Die Reise von Briesen nach Gdingen dauerte fünf Tage. In dieser Zeit hatte er weder was zum Essen noch zum Trinken. Auf der Station in Gdingen wurde er beim Ausladen des Wag- gons ohnmächtig vorgefunden und in ein Krankenhaus ge- bracht.

Mit einem Speerwurf die Reife durchbohrt

Ein tödlicher Unfall trug sich Montag nachmittags auf dem militärischen Sportübungsplatz in Brandenburg zu. Beim Speerwerfen wurde der Soldat vom 84. Infanterie-Regiment, Franz Josef Bilinski, 21 Jahre alt, von einem Speer in den Hals getroffen. Dem Unglücklichen wurde dabei die Reife durchbohrt. Der Schwerverletzte starb auf der Stelle. Die Reife wurde in die Halle des Garnisonlazarets gebracht.

Der traurige Vorfall soll, wie festgestellt wurde, eigenem Verschulden des ums Leben gekommenen zuzuschreiben sein, da er dem durch die Post tausenden Speer unvorsichtiger- weise entgegengekommen war.